Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4333
12. 04. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 17. April 1996

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordnete **Christel Deichmann** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die Annahmen des Förder- und Unternehmenskonzeptes hinsichtlich der Milchliefermengen, Vermarktungswege und -erlöse ein, auf dessen Grundlage seinerzeit die Molkerei Upahl in Mecklenburg-Vorpommern öffentlich gefördert worden ist?

2. Abgeordnete **Christel Deichmann** (SPD)

In welchem Umfang waren Arbeitsplatzzusagen Bestandteil des der Förderung zugrundeliegenden Unternehmenskonzeptes der Molkerei Upahl, und mit welchen Ergebnissen ist die Umsetzung des Unternehmenskonzeptes auch hinsichtlich der anderen vereinbarten Zusagen des Unternehmens bisher geprüft worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die von den Kommunalen Spitzenverbänden erhobene Forderung, das für Oktober dieses Jahres vorgesehene Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes um zumindest ein Jahr zu verschieben, da die für einen Vollzug notwendigen Verordnungen bis zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht mehr sachgerecht behandelt werden könnten?

4. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Aus welchen Gründen ist die vorgesehene Novellierung der Verpackungsverordnung zur Umsetzung der Europäischen Verpackungsrichtlinie erforderlich, und wie hat die Bundesregierung mittlerweile auf die Kritik der Europäischen Kommission vom Dezember letzten Jahres an den in der Verpackungsverordnung enthaltenen Mehrwegquoten reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Hubert Deittert** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den starken Strukturwandel in der Landwirtschaft immer mehr wertvolle Bausubstanz leersteht, für die nach geltendem Baurecht nur selten eine vernünftige außerlandwirtschaftliche Verwendung möglich ist?

6. Abgeordneter **Hubert Deittert** (CDU/CSU)

Sind von der Bundesregierung Änderungen des Baugesetzbuches geplant, die dieses Problem lösen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordneter **Wolfgang Ilte** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung von ihren Aufsichtsrechten Gebrauch zu machen – insbesondere Prüfungsbeanstandungen vorzunehmen –, wenn Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (§ 3 Abs. 3) zur Sanierung von Schulgebäuden eingesetzt werden, weil dies aus städtebaulicher Sicht (Dach, Fassade, Fenster) erforderlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter **Dieter Maaß (Herne)** (SPD)

Beginnt der Vertrauensschutz bei der Vorruhestandsregelung bei Versicherten, die vor dem 14. Februar 1996 das 55. Lebensjahr erreicht haben, mit der Zustimmungserklärung (Unterzeichnung des Aufhebungsvertrages), und wird er wirksam, wenn nach Beendigung der Kündigungsfrist der Antrag auf Arbeitslosengeld gestellt wird?

9. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung veranlaßt, eine 75%ige Anrechnung der Firmenaufträge auf die Wertschöpfung der jeweiligen Werkstätten für Behinderte zuzulassen, wo doch bekannt ist, daß Aufträge nur bis zu der Höhe vergeben werden, die zur Verrechnung der jeweils zur Zahlung fälligen Ausgleichsabgabe erforderlich ist?
10. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)	Wie kann die Bundesregierung Behauptungen der Behindertenverbände widerlegen, wonach durch die beschlossene Änderung des § 55 des Schwerbehindertengesetzes weniger Aufträge an die Behindertenwerkstätten, mit damit verbundenem Verlust von Arbeitsplätzen, vergeben werden, und wie will sie solcher Entwicklung begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

11. Abgeordneter **Wolfgang Schulhoff** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung der Bericht der WELT am SONNTAG vom 10. März 1996 bekannt, wonach eine fünfköpfige ausländische Familie im Rahmen der Sozialhilfe einen Gesamtbedarf in Höhe von 3 153,70 DM und eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 2 190 DM erhält, was einen Endbetrag von 5 343,70 DM ausmacht, und falls diese Angaben zutreffen, sieht sie dann gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
12. Abgeordneter **Wolfgang Schulhoff** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die tatsächliche Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger festzustellen, da im eben erwähnten Artikel berichtet wird, daß Mitarbeiter von Sozialämtern nicht alle Namen ausländischer Sozialhilfeempfänger an die Ausländerbehörden weitergeben?
13. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)	Wie reagiert die Bundesregierung auf Pressemitteilungen in der Allgemeinen Zeitung Ausgabe Alzey vom 1. April 1996, daß nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Dänemark sich im Raps eingepflanzte Gene übertragen können, daraus Ackerunkräuter mit einer Resistenz auch gegen das Herbizid „Basta" resultieren und dadurch extrem zähe „Superunkräuter" entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

14. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Warum ist unter den von 1990 bis 1995 in das Bundesprogramm gemäß § 6 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) aufgenommenen 25 Vorhaben für den öffentlichen Personennahverkehr (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage, Drucksache 13/4228) nur ein einziges Vorhaben (die Straßenbahnverlängerung nach Jena-Lobeda) in den neuen Ländern einschließlich Berlin?

15. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Soll die Verlängerung der Berliner U-Bahnlinie 5 in das Programm gemäß § 6 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) aufgenommen werden, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung nicht darauf gedrungen, daß im Rahmen des Standardisierten Bewertungsverfahrens auch der Abschnitt, der allein zur Realisierung ansteht (Alexanderplatz — Lehrter Bahnhof), untersucht wird?

16. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Planungen bestehen auf seiten der Bundesregierung in bezug auf eine mögliche Zusammenlegung von Deutschem Wetterdienst und Geophysikalischem Beratungsdienst der Bundeswehr, und wie stellt sich der aktuelle Sachstand entsprechender Überlegungen derzeit dar?

17. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche konkreten Auswirkungen hätte eine eventuelle Zusammenlegung von Deutschem Wetterdienst und Geophysikalischem Beratungsdienst, insbesondere mit Blick auf Standorte und Beschäftigungszahlen bei den betroffenen Einrichtungen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

18. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Wie viele Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, und wie viele Goethe-Institute beziehen zu dienstlichen Zwecken die Wochenmagazine DER SPIEGEL und/oder FOCUS?

19. Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Wie setzte sich der Kreis der Teilnehmer an der niederländisch-deutschen Konferenz am 21. März 1996 in Delft zusammen?

20. Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Was sind die wesentlichen Ergebnisse dieser Konferenz?

21. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Veränderungen ergeben sich für die deutsch-iranischen Beziehungen nach dem Besuch der EU-Troika im Nahen Osten?

22. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung ihre in der Vergangenheit geäußerten moralischen und rechtlichen Bedenken gegen eine Aufgabe der von den Sudetendeutschen geltend gemachten Eigentumsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik weiterhin aufrecht?

23. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung weiterhin an ihrer Auffassung fest, daß es sich bei der aufgrund der Benes-Dekrete erfolgten Massenvertreibung und der entschädigungslosen Enteignung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg um völkerrechtswidrige Handlungen und um Unrecht handelt, das durch nichts gerechtfertigt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wie hoch waren 1994 die Personalaufwendungen des Bundes für die Bezahlung der Bundesbeamten (Gehälter der aktiven Beamten und Versorgungsleistungen), und wie hoch waren die Aufwendungen des Bundes für die Beihilfe für Krankheiten, Kuren usw. der aktiven Beamten und der Versorgungsempfänger?

25. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)

Welche Beitragssätze für die Krankenversicherung und welche Beitragsbemessungsgrenzen legte die Bundesregierung bei ihrer Antwort auf meine Frage 20 in Drucksache 13/3842 (Aufwendungen des Bundes für die Krankenversicherung der Beamten bei der AOK) zugrunde?

26. Abgeordneter
Johannes Singer
(SPD)

Treffen Agenturmeldungen vom 21. März 1996 zu, daß eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen die Designerdroge Ecstasy von der Bundesregierung beabsichtigt ist, die ähnlich der gemeinsam mit Sportlern organisierten Kampagne „Keine Macht den Drogen" gestaltet werden soll, obwohl doch diese Aktion von Fachleuten immer höchst umstritten war (siehe Expertise zur Primärprävention des Substanzmißbrauchs, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, 1993, S. 109)?

27. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Wie ist der Stand der Vorarbeiten der Bundesregierung zu Gesetzesänderungen bei der Rechtsstellung der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre, mit denen Mehrfachbezüge aus öffentlichen Kassen geregelt bzw. abgeschafft werden sollen?

28. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung bei der jetzt eingeleiteten Aufenthaltsbeendigung der bosnischen Flüchtlinge Abweichungen von den im Friedensabkommen von Dayton aufgestellten Grundsätzen, nach denen den bosnischen Flüchtlingen die sichere Heimkehr in ihre angestammten Gebiete in Aussicht gestellt wird, etwa in der Weise zulassen, daß die Flüchtlinge unabhängig von Ort und Art der Unterbringung in Bosnien zur Rückkehr gezwungen werden, und falls nein, wie wird sie die Einhaltung dieser Grundsätze sicherstellen?

29. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die Abschiebung der Flüchtlinge durchsetzen, obwohl der Bundesminister des Innern in Genf zugesagt hat, die Rückführung in Absprache mit dem UNHCR durchzuführen, der derzeit keine geordnete Rückführmöglichkeit für die Flüchtlinge sieht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

30. Abgeordneter **Michael Teiser** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frankreich sechs Fregatten an die Volksrepublik Taiwan liefert, und welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür, deutschen Werften die entsprechende Inauftragnahme von Marineschiffen (Fregatten oder U-Boote) zu untersagen?

31. Abgeordneter **Michael Teiser** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitsplätze wären nach Erkenntnissen der Bundesregierung für welchen Zeitraum auf deutschen Werften und in Zulieferbetrieben durch die Inauftragnahme von sechs Fregatten für die Republik Taiwan gesichert bzw. geschaffen worden?

32. Abgeordneter **Roland Kohn** (F.D.P.)

Welche protektionistischen Maßnahmen, die den Import von Gütern und Waren in die Europäische Union behindern, beschränken oder begrenzen, sind aufgrund von Entscheidungen der Europäischen Union gegenwärtig in Kraft, und inwieweit sind hiervon Entwicklungsländer betroffen?

Bonn, den 12. April 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (0 22 42) 92 40-0, Telefax (0 22 42) 831 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333